

Freie Meinung

Ausgabe 1/2015

Fettnäpfchentreterin

Bildungsministerin lässt wirklich keinen Fehler aus!

IN DIESER AUSGABE

Fettnäpfchenhüpfen
betrachtet Siegfried Neyer

Stellungnahme des FLV zum
Religions- und Ethikunterricht

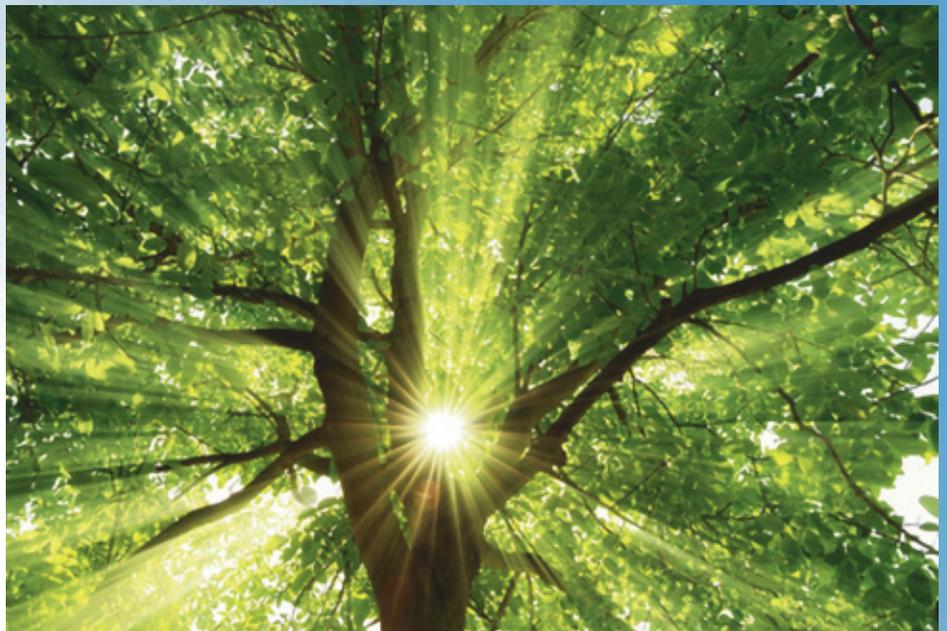
"Sexuelle Vielfalt"
im Grundschulunterricht,
was rauchen die eigentlich?

Das Problem mit der Autorität
bespricht Dieter Grillmayer

und er übt auch
herbe Kritik an der
neuen Lehrerausbildung

Das Militärgymnasium
vorgestellt von
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Schönen Frühling



*für Sie, die Ihren,
unsere Schule
und die Bildung.*

Fettnäpfchen hüpfen

Von Siegfried Neyer



Seit ihrem Regierungsantritt vor etwas über einem Jahr scheint dies die Lieblingssportart der Bildungsministerin Heinisch-Hosek zu sein. Ihr letzter Ausrutscher war die Äußerung, man solle doch Schulen mit weniger als 300 Schülern schließen und zusammenlegen. Auch wenn sie diese Aussage im Nachhinein als Missverständnis darzustellen versuchte, so lässt das doch einen Blick in ihr Weltbild zu. Offenbar endet der Horizont der Ministerin an den Stadtgrenzen von Wien, ansonsten müsste ihr klar gewesen sein, dass im vorwiegend ländlich geprägten Rest Österreichs ein massiver Kahlschlag bei den Schulen stattfände. Allein in Vorarlberg müssten drei Viertel aller Haupt- und Mittelschulen geschlossen werden, ganze Talschaften hätten keine Schulen im Sekundarbereich mehr. In anderen Bundesländern außer Wien dürfte das auch nicht viel anders sein. Die Konsequenzen wären: Verwertung leer stehender Schulgebäude (was auch immer damit anzufangen ist), teurer Ausbau der neuen Zentralschulen, was die Ge-

meinden als Schulerhalter schwer belastet, und was wohl am schwersten wiegt, oft unzumutbar lange Schulwege für die Zehn- bis Vierzehnjährigen. Dazu käme auch eine gravierende Verarmung an Infrastruktur im ländlichen Raum. Nach der Schließung von Lebensmittelgeschäften, Gasthäusern, Poststellen, Polizeiinspektionen, Kindergärten und Schulen leidet die Attraktivität der Orte massiv, massive Abwanderung in die Ballungszentren wäre die Folge.

Auch wenn das Ganze nun als Missverständnis dargestellt wird und die Ministern nur gemeint haben will, dass kleinere Schulen unter einer Direktion laufen sollen, so stellt sich das Sparpotential als höchst bescheiden dar. Es werden einige Leiterzulagen eingespart, dafür erhalten die Leiter der nun größeren Einheiten etwas mehr. Eine Qualitätssteigerung wie von der Ministerin angekündigt ist damit sicher ausgeschlossen. Ich verweise dazu auch auf den Kommentar von Dr. Peter Bußjäger.

Da ich in unmittelbarer Nähe der Schweiz lebe und somit auch entsprechende Kontakte über die Grenze habe beschäftigt mich auch ein Thema, das über kurz oder lang wohl auch Österreich erreichen wird. Der Lehrplan 21 beschäftigt die Eidgenossen seit einiger Zeit. Zunächst zum Hin-

tergrund. Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz erstellt mit zahlreiche „Experten“ den Lehrplan 21, dessen vordergründiges Ziel ein Vereinheitlichung der kantonalen Lehrpläne sein sollte, um schulischen Hindernisse beim Übersiedeln von Familien in andere Kantone zu verringern. Herausgekommen ist ein Konvolut, das gänzlich von Konstruktivismus geprägt ist und satt Jahrgangsziele nur noch Kompetenzen enthält. (Siehe dazu die herbe Kritik von Prof. Liessmann in seinem neuen Buch.) Der Konstruktivismus geht davon aus, dass der Schüler keine objektive Realität erkennen kann und sich

daher seine eigene Wirklichkeit konstruiert. Objektives Wissen gibt es nicht, Aufgabe der Schule ist es nach dieser Philosophie, den Schülern die Methodenkompetenz zu vermitteln, dass sie sich ihr Wissen selber beschaffen. Der Lehrer wird zum Lernbegleiter de-

gradiert, muss eine passende Lernumgebung schaffen und Lernmaterial bereitstellen, allenfalls darf er Tips geben, aber kein Wissen vermitteln. Die Schüler arbeiten an ihren individuellen Programmen abgeschirmt voneinander in Kojen still vor sich hin, probieren mehr oder weniger lang herum und vereinsamen im vollen Klassenzimmer. Wer möchte unter diesen Umständen noch Lehrer sein? Wissen ist unnötig, jeder kann alles unterrich-



ten, Anklänge dazu sind im neuen Lehrerdienstrecht und der Lehrerausbildung erkennbar. Kompetenz ist alles, Wissen ist unnötig, das kann man sich besorgen. Damit beginnt das große Geschäft der Protagonisten dieses Konzepts, den großen Lehrmittelproduzenten, z. B. der Bertelsmannstiftung.

Im Lehrplan 21 führte das in den 6 Grundschuljahren zu über 5000

Kompetenzen, eine davon lautete, dass der Schüler erkennt, dass die Schrift von links nach rechts verläuft – allerdings muss er dann doch wissen, was links und rechts ist. Nach geharnischten Protesten aus Lehrerschaft, Bevölkerung und Politik kam es zu einer leichten Abänderung auf „nur“ noch etwas über 3000 Kompetenzen, im Kern blieb aber alles gleich. Da das Schulwesen der Schweiz den Kantonen obliegt lässt sich der

Lehrplan 21 auch nicht so einfach ohne demokratische Legitimation verordnen. Letztlich hat über Volksinitiativen der Wähler das letzte Wort, etwas, wofür wir Österreicher die Schweizer nur beneiden können. Interessantes dazu (auch Meinungen von Schülern, die beides kennen) findet man unter <http://www.zeit-fragen.ch>.

Einseitige Beurteilung

Die Aufregung über die Forderung der Bildungsministerin nach einer Auflösung aller Schulen mit unter 300 Schülern hat sich gelegt. Sie sei missverstanden worden und habe nur gemeint, dass die Schulen unter einer gemeinsamen Führung zusammengelegt werden könnten. Außerdem sei das Sache der Länder.

Damit könnte die Angelegenheit eigentlich abgehakt werden. Wie viele Schulen man der Leitung eines Direktors oder einer Direktorin unterstellt, darüber kann selbstverständlich diskutiert wer-

standorten vor allem damit begründet worden war, dass der Rechnungshof diese Forderung aufgestellt habe. Wer in den Berichten des Rechnungshofs nachliest, findet in der Tat häufig Kritik an der großen Zahl der Kleinschulen in Österreich. Die Begründung dafür ist allerdings eher dürftig. Kleinschulen seien kostenaufwendiger, weil die Lehrer weniger Kinder als in größeren Schulen unterrichten. Was sonst als pädagogisch wertvoll gilt, ist plötzlich schlecht. Außerdem sei das kleinere Gebäude in der Relation zu einem größeren Gebäude teurer. Man könnte fast meinen, es gelte der Grundsatz: „Small is stupid.“

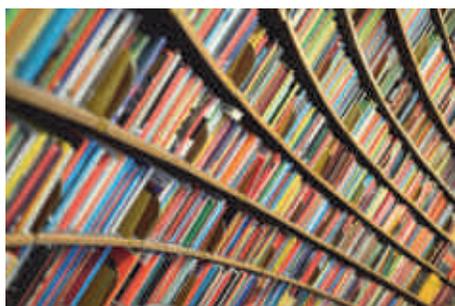
Vergeblich sucht man in den Berichten auch irgendeine Abwägung der angestrebten Kosteneinsparungen mit den Interessen der Schüler, der Eltern, des Dorf- oder Vereinslebens. Die Schule im Dorf erfüllt eine wichtige Funktion für die örtliche Gemeinschaft. Die Auflösung der Schule im Dorf ist ein weiterer Beitrag zur Abwanderung aus ländlichen Gegenden. Wenn man

eine solche Abwanderung nicht will, dann kostet die Auflösung der Kleinschulen im Ergebnis mehr, als sie an Einsparungen bringen kann.



Die Diskussion ist ein schönes Beispiel dafür, was passiert, wenn eine Angelegenheit einseitig unter dem Kostenaspekt beurteilt wird. Könnte der Bund über die Standorte von Volks- und Mittelschulen entscheiden, würde die Bildungslandschaft in Vorarlberg wohl traurig ausschauen.

Quelle: Peter Bußjäger, Vorarlberger Nachrichten, 23.01.2015. Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus in Innsbruck.



den. Man erspart sich ein paar geringfügige Leiterzulagen und bezahlt eine einzelne Person etwas besser. Im Ergebnis dürften sich die Resultate nicht besonders unterscheiden. Interessanter ist, dass die Zusammenlegung von Schul-

Stellungnahme des FLV zum Religions- und Ethikunterricht

Dem Freiheitlichen Lehrerverband (FLV) ist die schulische Werteerziehung ein wichtiges Anliegen. Die in Europa heimischen Religionen sind ein fester Bestandteil unserer Kultur und Träger eines abendländischen Wertebewusstseins. Insofern steht der schulische Religionsunterricht für den FLV nicht zur Disposition. Eine Erweiterung des Fächerkanons in Form eines überkonfessionellen Ethikunterrichts erweist sich aber schon aufgrund der wachsenden Anzahl bekenntnisloser Schüler als notwendig.

Die unübersichtbaren Veränderungen im europäischen Gesellschaftsgefüge, gepaart mit Freiheits- und Gleichheitsrechten, ziehen auch beim schulischen Religionsunterricht eine Erweiterung des Angebotes nach sich. Die Leitlinien unserer abendländischen Gesellschafts- und Werteordnung müssen dabei aber gewahrt bleiben. Insbesondere ist es unsere Pflicht, junge Menschen vor jeder Art von Radikalisierung zu bewahren und sie zur Toleranz gegenüber anderen religiösen Überzeugungen zu erziehen.

Der FLV fordert daher von den schulpolitisch Verantwortlichen dringendes Handeln in den folgenden drei Punkten.

- Jeder Schüler muss, egal in welcher Schulstufe, wahlweise Religions- oder Ethikunterricht besuchen.
- Jeder Religionsunterricht (egal ob christlich, islamisch, buddhistisch usw.) ist in der Unterrichtssprache abzuhalten und dürfen in ihm radikale, verhetzende und andere Glaubensbekenntnisse diskriminierende Inhalte keinen Platz haben.
- Die Schulaufsicht hat dem Religions- wie auch dem Ethikunterricht ein besonderes Augenmerk zu schenken. Lehrer, die sich an die staatlichen Vorgaben nicht halten, sind aus dem Schuldienst zu entfernen, gegebenenfalls auch bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen.

Gebt uns endlich etwas Neues: Dancing Stars für alle!

Die Verbreitung der entsprechenden Benimmregeln des ORF
wäre ein bedeutender Fortschritt

Vor einigen Wochen lud ein guter Bekannter meine Frau und mich zu Dancing Stars ein. Es wurde ein unterhaltsamer Abend. Im ORF-Zentrum herrschte freundliche Fürsorge. Beim Betreten des Saals wurde meine Frau höflich ersucht, ihre mittellange Jacke an der Garderobe abzugeben. Aus Sicherheitsgründen. Die Feuerpolizei verlange auch, dass Handtaschen keinesfalls auf den Boden gestellt werden dürfen: Man könne im Fluchtfall darüber stolpern.

Das sollte man häufiger sagen, dachte ich. Zwanzig Minuten vor Beginn der Übertragung betrat ein Mann im Glitzersakko die Bühne. Er stimmte das Publikum ein. Zuerst sollte man einen normalen Applaus vormachen, dann einen kräftigen. Am Schluss musste man zeigen, wie man frenetisch jubelt. Pfiffe bei niedrigen Wertungen seien untersagt, meinte der Regisseur. Als Zeichen der Enttäuschung sei nur ein „Oooooo?“ zugelassen. Auch das wurde geübt.

Danach wurde ein Film über rich-

tiges Benehmen gezeigt. Verboten sei der Wechsel des Sitzplatzes, Zwischenrufe, das Essen oder Trinken und das Aufstehen während der Kür des Tanzpaares. Standing Ovationen nach Ende der Darbietung wären jedoch erlaubt. Streng verboten sind Tonaufnahmen, das Fotografieren oder das Mitfilmen mit Mobiltelefonen. Alle diese Gebote wurden von den Zuseherinnen und Zusehern bereitwillig angenommen.

Nur beim Hinweis, dass das Kaugummikauen verboten sei, ging

ein Raunen durch die Menge. Es wuchs an bei der Aufforderung, alle Kaugummis, die man im Mund habe, zu verschlucken. Der rasch folgende Hinweis, dass das Schlucken von Kaugummis nachgewiesenermaßen medizinisch unbedenklich sei, beruhigte die Zuseher wieder. Insgesamt klangen alle Verhaltensregeln vernünftig. Da ich keinen Kaugummi hatte, fand ich auch die letzte akzeptabel.

Während dieser sanften Einübung des Publikums beschlich mich ein Gedanke: Wäre es nicht eine Königs idee, den ORF mit der Erstellung von Hausordnungen für andere Großeinrichtungen zu beauftragen? Wäre es nicht herrlich, dieselbe hochgewachsene junge Dame, die beim Eintreten in den Saal die Garderobe der Gäste unauffällig kontrollierte – das Kleid meiner Frau fand ausdrücklich ihre Zustimmung – vor ein Schultor oder eine Pädagogische Hochschule zu postieren?

Auch der Regisseur im Glitzer-sakko könnte die Benimmordnung des Königbergs mit Schülern und Schülerinnen einüben: keine Taschen am Boden, kein Essen, kein Trinken während des Unterrichts, kein Aufstehen während der Stunde, keine Zwischenrufe, keine Handybenützung und das Fotografieren oder Mitfilmen rechtlich zwingend verboten.

Hätte eine Ministerin den Mut, die Erziehungsverantwortlichen des ORF an die Schulen zu bringen, es brächen paradiesische Zustände an. Im Unterricht wäre man adrett gekleidet. Die Lehrerinnen und Lehrer, die sich ja an Universitäten und Akademien mindestens so lange vorbereitet haben wie die Dancing Stars für ihre Kür, würden dezenten Begrüßungsapplaus und donnernde Schlussovationen erhalten oder schlimmstenfalls, etwa bei einer schlecht ausgefallenen Zentralmatura, ein enttäuschtes „Ooooo?“ ernten.

Eine Jury würde die Leistungen bewerten, mit knappen Worten und Ziffern. Ob von 10 bis 1 oder 1 bis 5 könnte man diskutieren. Das Ganze lief natürlich freiwillig ab. Denn so wie man als Besucher von Dancing Stars die Regeln des Gastgebers respektiert, würde man auch in der Schule die Hausordnung befolgen. Wem es nicht passt, der muss ja nicht hingehen. Schließlich wird niemand zum Besuch des Königbergs oder dem einer Höheren Schule gezwungen.

Nach einem kurzen Schock würden auch die Jugend- und die Politikredaktionen der Medien die Benimmordnung von Dancing Stars in den Schulen (Handyverbot, kein Kaugummi etc.) begrüßen. Es käme halt auf einen Versuch an. Man müsste nur ein Publikumsvoting durchführen.

Quelle: Der ehemalige Präsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Kurt Scholz in „Die Presse“ vom 16. November 2014

IV-Bildungskonzept läuft in die falsche Richtung

FPÖ-Bildungssprecher Walter Rosenkranz ist entsetzt über IV-Bildungspolitik – das Konzept läuft komplett in die verkehrte Richtung. Die Wahlfreiheit bei Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen muss erhalten bleiben.

Der freiheitliche Bildungssprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Unterrichtsausschusses, NAbg. Dr. Walter Rosenkranz, zeigte sich entsetzt über die bildungspolitischen Visionen der Industriellenvereinigung: „Dieses Konzept läuft komplett in die verkehrte Richtung! Interessant ist, dass offensichtlich nur mehr Industrielle und Bestsellerautoren bildungspolitische Vorschläge machen. Das System, vom 4. Lebensjahr an Kinder zwangsweise ganztägig zu beschulen, deutet nicht auf den liberalen Geist von IV-Präsident Kapsch hin, sondern erinnert vielmehr an Bildungssysteme totalitärer Staaten.“

Weiterlesen auf www.flv.at (Aktuelles - Ehemals aktuell - 19.11.2014)



„Sexuelle Vielfalt“ Unterrichtsthema an Grundschulen?

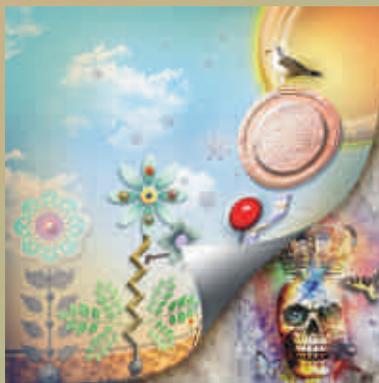
Im Landtag von Niedersachsen haben SPD, Grüne und FDP beschlossen, einen neuen Bildungsplan zum Thema der „sexuellen Vielfalt“ einzuführen. Ziel sei es, im frühen Kindesalter eine verstärkte Aufklärung über Trans-, Bi-, Inter- und Homosexualität zu betreiben, um Kinder in der frühen Entwicklung ihrer eigenen Identität zu fördern, wie es in einem Beitrag der „Jungen Freiheit“ heißt.

Klage über zu wenig Homosexuelle

Einem angeblich homophob-gewirkt werden. Im Zuge Grüne zusätzlich, dass sich „outen“ würden. Inhalt des derung von Schulprojekten, gruppen ermöglichen und soll im Sinne dieser Frühse-vielfalt geachtet werden.



Die angestrebte Offenheit und Toleranz wird insbesondere von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) begrüßt, welche gerade die Schulen bei gendergerechter Aufklärungsarbeit in der Pflicht sieht. Der Bildungsplan ist jedoch noch immer umstritten. Ein Gegenantrag, wonach sich die CDU auf besondere Rücksichtnahme in Hinblick auf das Alter, den Glauben strikt abge-



Knapp 16.000 konnten zuletzt Petition gegen tion „Eltern 21“ Interessen und nover zu eben Personen statt.

ben Klima an Schulen solle so entgegen-dieses Beschlusses beklagten SPD und zu wenige schwule oder lesbische Lehrer Plans ist beispielsweise eine gezielte För-die eine Begegnung mit sexuellen Rand-bei der Anschaffung von Schulbüchern ualisierung auf mehr sexuelle Themen-



die Kultur und aussprach, wurde lehnt.

Unterschriften in einer Online-die Frühsexualisierung gesammelt werden. Die Organisa- und auch die AfD-Niedersachsen setzen sich weiter für die Sorgen vieler Eltern ein. Am 22. November fand in Han-jener Thematik eine Demonstration mit mehr als 1.200

Quelle: „Unzensuriert at“ vom 18.12.14

Das Problem mit der Autorität

Von Dieter Grillmayer

In Nr. 110/2014 des „rotstift“, der Lehrerzeitschrift des „Bundes Sozialdemokratischer Akademiker und Akademikerinnen, Intellektueller, Künstler und Künstlerinnen in Oberösterreich“, ist ein Aufsatz zum Thema „Autorität“ abgedruckt worden, der mich zum Nachdenken und zum Niederschreiben der folgenden Zeilen veranlasst hat. Gleich vorweg: Der Hinweis auf Selbstverständlichkeiten, der sich schon im Namen des Herausgebers andeutet, ist auch diesem Aufsatz zu eigen. Das ist insofern bedenklich, als damit die Gefahr einer Ablenkung von der Hauptaufgabe der Schule besteht, nämlich einen möglichst ertragreichen Unterricht zu gewährleisten.

Doch zunächst das Positive: Was alle erfahrenen Pädagogen schon immer gewusst und auch gesagt haben, dass nämlich die von den 1968er-Revoluzzern propagierte „antiautoritäre Erziehung“ ein Widerspruch in sich ist, diese Erkenntnis hat sich nun offenbar auch in sozialdemokratischen Lehrerkreisen durchgesetzt. Im genannten Aufsatz steht nämlich wörtlich, dass „Forschungsergebnisse beweisen, dass das Aufwachsen in antiautoritärer (permissiver) Atmosphäre nicht das erwartete Verhalten zeigt. Im Gegenteil, geringe Impulskontrolle, niedrige Frustrationsschwelle bis hin zu einem hohen Aggressionspegel und gesteigertem Gewaltpotenzial sind die Folgen.“

Gleichwohl bringt es die Autorin Mag. Tatjana Schmid-Schutti nicht übers Herz, Autorität einfach als das zu bewerten, was der aufrechte Sozialdemokrat Franz Olah 1995 in seinem Buch „Die Erinnerungen“ auf Seite 322 dazu geschrieben hat: „Autorität ist erworbenes Vertrauen! Erworben durch Charakter, Können und Leistung.“ Statt an diesem Wahrwort anzuknüpfen macht uns Schmid-Schutti mit dem Konzept der „Neuen Autorität“ eines Herrn Haim Omer, Psychologie-Profes-

sor an der Universität Tel Aviv, bekannt und erläutert uns dieses am folgenden Beispiel:

Schüler: „Ich gehe nicht an die Tafel, was machen Sie jetzt, Herr Professor?“ Macht und Ohnmacht sind nahe Verwandte, das wissen wir alle. Symmetrische oder komplimentäre Eskalationsprozesse funktionieren nach eigenen Gesetzmäßigkeiten, das wissen wir auch. In diesem Fall sollte jedem Pädagogen klar sein, dass er nur sein Verhalten bestimmen kann, nicht das des Kindes. Viele Erzieher befürchten ihre Autorität einzubüßen, wenn ein Schüler nicht gehorcht. Doch zu bedenken ist, dass der Grad der Autonomie des Kindes mit zunehmendem Kontroll-Gehorsam abnimmt. Im Grunde kann das Verhalten des Schülers nur inspiriert werden, nicht kontrolliert.

Das ist zwar alles richtig und man muss es gar nicht so (fremd)wortreich breittreten, aber es ist doch schon längst etwas falsch gelaufen, wenn es zu so einer Situation überhaupt kommt. Im Sinne der „Neuen Autorität“ wird dem Lehrer geraten, aus dem „Machtkampf“ auszusteigen, dem Schüler zwar zu sagen, dass man mit seinem Verhalten nicht einverstan-

den sei, eine weitere Reaktion aber hinauszuschieben („Nutzung des Zeitfaktors“). Ich habe so eine Provokation nie erlebt, hätte aber gegebenenfalls ganz unaufgeregt darauf hingewiesen, dass hier eine Verweigerung der Mitarbeit vorliegt, was natürlich in die Beurteilung einfließen wird, von der Verhaltensnote einmal ganz abgesehen.

Übrigens habe ich es immer als unpassend empfunden, wenn Pflichtverletzungen von Schülern, aber mehr noch von Lehrern, die mich während meiner Aktivzeit als Schuldirektor zum Einschreiten gezwungen haben, als „Konflikte“ zwischen mir und dem Pflichtsäumigen bezeichnet worden sind. Der Schüler oder Kollege hatte einen Konflikt mit dem Gesetz und nicht mit mir; ich persönlich war davon überhaupt nicht berührt.

Im November 2014 ist von den Christlichen Lehrern „zufällig“ knapp vor den PV-Wahlen die Wiedereinführung von „Schulstrafen“ gefordert worden, was einen empörten Aufschrei der vereinigten Linken (Grüne geschlossen, SPÖ und NEOS mehrheitlich, ÖVP teilweise) zur Folge hatte. Jeder erfahrene Pädagoge

weiß hingegen, dass ein Gutteil der derzeitigen Probleme im Bildungswesen darauf zurückzuführen ist, dass es seit dem im Jahr 1974 in Kraft getretenen Schulunterrichtsgesetz an den österreichischen Schulen praktisch keine Disziplinierungsmöglichkeiten mehr gibt. Diesem Mangel wäre dringend abzuhelpfen, wenn es mit Anstand und Bildung in Österreich wieder einmal bergauf gehen soll.

Unbestritten gibt es so etwas wie eine „natürliche Autorität“ und Lehrer, die eine solche besitzen, werden vielleicht ohne Schulstrafen auskommen. Das ist aber nicht der Regelfall, war es nie und wird es auch nie sein. Die Schulgesetzgebung muss sich aber am Regelfall orientieren, wenn das Bildungsziel bestmöglich erreicht werden soll.

Ein Blick auf die finnische Schul- und Interventionskultur wäre lehr- und hilfreich. Der wesentlich wertschätzendere Umgang von Lehrern, Schülern und Eltern miteinander wird überhaupt nicht dadurch gestört, dass dort Schulstrafen wie z. B. das „Nachsitzen“ als Erziehungsmittel auf der Agenda stehen. Und niemand

fragt danach, wie der länger in der Schule festgehaltene Zögling nachhause kommt, wenn er das sonst übliche Verkehrsmittel dadurch verpasst. Entweder muss er zu Fuß gehen oder die Eltern müssen ihn abholen und sind solchermaßen ebenfalls daran interessiert, dass Pflichtverletzungen wie nicht gemachte Hausaufgaben oder ein ungebührliches Benehmen in Hinkunft unterbleiben. (Vgl. dazu die Beiträge „Ein Schuljahr in Finnland“ und „Von Wien nach Klaukkala“ in FM 3/2013.) Ein Schülerverhalten wie oben als Beispiel gebracht ist unter diesen Bedingungen wohl undenkbar, und wenn doch, dann gibt es Korrekturmöglichkeiten und nicht bloß das „Durchfallen“.

Und noch etwas: Wie Franz Olah richtig bemerkt hat ist eine wichtige Voraussetzung für das Erlangen von Autorität, dass der Lehrer sein Metier beherrscht, und da gehört auch eine hohe Fachkompetenz dazu, besonders beim Oberstufenlehrer. Es darf bezweifelt werden, ob die neue Lehrerausbildung dem Rechnung trägt.

**Dem
Freiheitlichen Österreichischen
Lehrerverband**

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

**Freiheitlicher Niederösterreichischer
Lehrerverein**

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

**Freiheitlicher Oberösterreichischer
Lehrerverein**

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

**Freiheitlicher Salzburger
LandesLehrerverein**

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18

**Freiheitlicher Lehrerverein Steier-
mark**

8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternergig

6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2

**Die Leitung des Freiheitlichen
Österreichischen Lehrerverbandes:**

Obmann:

**Mag, Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Herbe Kritik an der neuen Lehrerausbildung

Von Dieter Grillmayer

Von fundierten Einwänden und Warnungen unbeeindruckt haben SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ vor zwei Jahren eine Reform der Lehrerausbildung beschlossen, die 2018 abgeschlossen sein soll. Das Bildungskonzept des Freiheitlichen Lehrerverbandes (FLV) ist dabei nur marginal eingeflossen, nämlich nur hinsichtlich eines dem Lehramts-Studium vorgeschalteten Eignungstests. Nun stellt sich heraus, dass schon dieser erste Schritt nur sehr lückenhaft umgesetzt wird. Zeuge dafür ist einer, der es wissen muss, gehört er doch selber dem Professorenkollegium der Universität Wien an: Univ.-Prof. Konrad Paul Liessmann spart in seinem neuen Buch „GEISTERSTUNDE – Die Praxis der Unbildung“ nicht mit beißender Kritik an folgender Vorgehensweise seiner Universität:

Die Universität Wien, bemüht, nur noch die kompetentesten Kandidaten für das Lehramtsstudium zu gewinnen, führt zu diesem Zweck ab dem Wintersemester 2014 ein Aufnahmeverfahren ein. Nach einem autonomen „Self-Assessment“, bei dem die Interessenten erkunden können, ob sie wirklich ein Studium belegen wollen, bei dem sie später einmal mit



Kindern und Jugendlichen zu tun haben werden, werden in einem weiteren Test grundlegende kognitive und sprachlogische Basisfähigkeiten abgefragt, ebenso bildungswissenschaftliche Grundkenntnisse, die aus einem Skriptum bezogen werden müssen. Wer bei diesem Test mindestens 30 von 100 Punkten erreicht, ist zum Studium zugelassen; wer weniger erreicht – was so leicht nicht sein dürfte –, wird zu einem persönlichen Motivationsgespräch eingeladen. Wer immer zu diesem Gespräch erscheint, gleichgültig, wie dieses

verläuft und was er dabei sagt, ist zum Studium zugelassen. Und nun das Beste daran: Damit die angehenden Lehramtsstudenten vor diesem Gespräch, das keinerlei negative Folgen haben kann, nicht verzweifeln, stellt ihnen die Universität Wien als Ausdruck ihrer „Willkommenskultur“ eigens dafür rekrutierte und bezahlte „student guides“ zur Verfügung, die sie abholen, zum Gespräch begleiten, bei Bedarf auch an diesem teilnehmen und sie danach noch eine Zeitlang weiter betreuen. Offenbar glaubt man allen Ernstes, die besten zukünftigen Lehrer unter jenen Studenten zu finden, die wie Kinder an der Hand genommen werden müssen, um den ersten Schritt in eine universitäre Einrichtung zu setzen.

Zu finden ist dieses Zitat auf Seite 107 zu Beginn des Kapitels „Die orale Phase als Lebensprinzip“. Dieses besonders lesenswerte Kapitel beschäftigt sich damit, wie heutzutage Kants Aufruf zur Mündigkeit („Sapere aude!“) durch einen mit den Gedanken der Aufklärung auf Kriegsfuß stehenden Zeitgeist ad absurdum geführt wird. Und zur beschlossenen Reform der Lehrerausbildung, an welcher der FLV neben der didaktischen Aufblähung vor allem die mangelhafte Fachausbildung von Oberstufenlehrern kritisiert, meint Konrad Paul Liessmann auf Seite 127:

Dies gilt als die eigentliche Zukunft des Lehrers: Ein Partner und Begleiter, der nur noch zur Verfügung steht, selbst aber nichts mehr verfügt, weil er über nichts mehr verfügt. Dass sich dieser Typus im Zuge der Reform der Lehrerbildung durchsetzen wird, steht außer Frage; dass sich dadurch die Krise der Schule und damit auch die Krise des Lehrers nicht nur prolongiert, sondern verschärft wird, darf ohne großes Risiko prognostiziert werden.

Die Gefahr der Schul-Monokultur

Der schwierige Kampf einer Kärntner Gemeinde um eine gymnasiale Unterstufe neben der „Neuen Mittelschule“

Eine Diskussion über Ursachen und Folgen der NS-Zeit hat mich an das Gymnasium Hermagor geführt – jenes Gymnasium, in das ich wohl gegangen wäre, wenn ich nach dem Krieg im nahen Kötschach-Mauthen geblieben wäre, wohin die NS-Zeit mich verschlagen hatte. Ich habe zu meiner Freude festgestellt, dass ich eine besonders gute Schule besucht hätte – engagiert und weltoffen. Nur dass sie leider bloß aus einer Oberstufe besteht.

Eine Unterstufe wird ihr seit Jahren nicht bewilligt, obwohl die Eltern der näheren Umgebung sich schon mehrmals zu gemeinsamen Aktionen zusammengetan haben; und obwohl soeben in nur zwei Wochen wieder 1500 Unterschriften dafür gesammelt wurden. Denn es gibt in Hermagor eine „Neue Mittelschule“, von der man in die Oberstufe des Gymnasiums übertreten kann – und nach Ansicht der SPÖ auch soll. Erstens aus ideologischen Gründen, zweitens, weil eine zusätzliche gymnasiale Unterstufe, so leicht sie sich einrichten ließe, nicht kostenlos wäre – denn Österreich muss sparen. Ich halte dieses Sparen im Schulbereich bekanntlich für schwachsinnig, aber im konkreten Fall möchte ich auch die Ideologie infrage stellen: Ich bezweifle, dass die NMS in ihrer aktuellen Ausformung das Niveau einer gymnasialen Unterstufe erreicht.

Dieser Zweifel liegt auch den 1500 Unterschriften zugrunde. In den Worten zweier Väter, mit denen

ich mich unterhalten habe: „Wir wissen doch, was wir selbst in Mathematik in diesem Alter konnten. Das können unsere Kinder in der NMS nicht entfernt, obwohl die Lehrer ihr Bestes tun.“



Die so reden, sind nicht Freiheitliche oder Schwarze, sondern brave Rote. Sie begehren auch nicht wirklich gegen die Parteilinie auf – „für manche Kinder ist die NMS wahrscheinlich das Beste“ –, sondern wollen nur „freie Wahl“: „Eltern in Villach können zwischen NMS und gymnasialer Unterstufe wählen – wir nicht. Unsere Kinder müssten um fünf Uhr aufstehen, um ins nächste Gymnasium zu kommen. Das ist unfair.“ Manche Kinder stehen dennoch auf – als Vorstufe zur Abwanderung.

Nach ziemlich vielen Gesprächen mit ziemlich vielen NMS-Lehrern (die charakteristischerweise so wenig wie die kritischen Eltern genannt werden wollen) möchte ich einen von ihnen mit einer allen gemeinsamen Sorge zitieren: „Ich habe in meiner Klasse alles – von potenziellen Sonderschülern bis zu Hochbegabten. Es ist einfach unmöglich, die gemeinsam zu unterrichten. Die Schwachen verstehen nicht, was ich sage, und langweilen sich – die Guten haben

es längst verstanden und langweilen sich auch. Das wird nicht besser, wenn ein zweiter Lehrer dabei ist: Spricht er leise, verstehen ihn nur zwei, drei Kinder, spricht er laut, so stören wir uns gegenseitig.“ Ich füge an, dass der zweite Lehrer oft nicht einmal vom selben Fach ist, weil es zum Beispiel nicht genug Mathematiklehrer gibt.

Die „alte Hauptschule“ war diesbezüglich in meinen –Augen das progressivere Modell, indem sie wie die teure, internationale Gesamtschule meines jüngsten Sohnes funktionierte: Es gab drei Leistungsgruppen, und Schüler konnten durchaus in Sprachen in der ersten, in Mathematik aber in der letzten Gruppe sein sowie von einer Gruppe in die nächste auf- oder absteigen. Die erste Leistungsgruppe erreichte durchwegs AHS-Niveau.

Ich will nicht vorweg bezweifeln, dass auch viele Kinder der NMS dieses Niveau erreichen, aber ich befürchte, dass sie es schwerer erreichen werden: Einer extrem inhomogenen Schülergruppe eine anspruchsvolle Materie beizubringen, trifft zwingend auf die Schwierigkeiten, die der angeführte Lehrer mir beschrieben hat. (Erste diesbezügliche Untersuchungen haben das zwar gegeben, aber sie blieben unveröffentlicht.)

Zur grünen Linken hält man meiner Befürchtung das Beispiel Finnlands entgegen, wo auch alle Schüler bis 14 Jahre in einer Klas-

se sitzen. Aber man vergisst zweierlei: In Finnland kommen nur 14 Schüler auf einen Lehrer, und es gibt viel weniger Kinder mit Migrationshintergrund. Deshalb hinkt der Vergleich. Doch nachdem Unterrichtsministerin Claudia Schmied genügend Zeitungen genügend lang mit Inseraten gefüttert hatte, um in redaktionellen Beiträgen die Vorzüge der NMS ohne kritische Einwände vorzutragen, genießt diese Schulform sogar bei fortschrittlichen VP-Funktionären uneingeschränktes Vertrauen.

Auch ich sehe in ihrer Bereit-

schaft, die NMS zu akzeptieren, einen großen Fortschritt, weil damit endlich ein ideologiefreier Wettbewerb möglich geworden ist – nur dass es meines Erachtens ein Wettbewerb bleiben muss: Die Eltern müssen die freie Wahl zwischen NMS und gymnasialer Unterstufe haben.

Vielleicht verstehen das zumindest die Grünen, die im Landbau zu Recht vor „Monokulturen“ warnen: Wenn bei einer Monokultur etwas schiefeht – etwa ein resistenter Schädling auftritt –, ist nämlich alles verloren. Das sollte man auch bei Schulen für möglich

halten: Wenn man die NMS wirklich flächendeckend zur einzigen Schulform macht und dabei etwas schiefeht, können wir durchaus hinter das aktuelle PISA-Niveau zurückfallen.

Quelle: Peter-Michael Lingens im „profil“ vom 1. November 2014



Über 90 Prozent der teilbeschäftigten Frauen wollen keine Vollzeit-Beschäftigung

Das ergab eine vom OÖ-Familienreferenten Franz Hiesl in Auftrag gegebene Studie. Hiesl und Studienleiter Prof. Wolfgang Mazal sehen darin eine Bestätigung ihrer Bedenken gegen den von der SPÖ gebetsmühlenartig geforderten Vollausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, damit die Frauen möglichst bald nach der Niederkunft wieder als Arbeitskräfte verfügbar sind. Mazal: „Die Politik sollte Frauen mit kleinen Kindern in Ruhe lassen. Wenn man sich eine Schwangerschaft antut, sollte man vielleicht auch etwas von seinem Kind haben dürfen.“

Eine Einstellung, die auch Vize-Landeshauptmann Hiesl vertritt: „Wir haben die Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht den Leuten vorzugeben, nach welchem Muster sie ihr Leben gestalten sollen. Das muss doch jeder selber wissen.“

Quelle: „Kronen-Zeitung“ vom 14. Jänner 2014



Das privilegierte uniformierte Bürgerkorps zu Wiener Neustadt

Von OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Am Dienstag, den 15. Juli 2014 besuchten 15 Mitglieder des Denkmalschutzvereines das Bürgerkorps im sogenannten „Depot“ in der Schlögelgasse 6a. Es referierten über die Geschichte und die vielen Aktivitäten der Ehrenkommandant Oberstleutnant Paul Fuchs und der Korpskommandant Major Wilhelm Gasch.

1231 gründete der Babenbergerherzog Friedrich II. eine Bürgerwehr zum Schutz der jungen Stadt. 1455 wurde die Festung Wr. Neustadt ausgebaut und die Bürger stellten 600 wehrfähige Männer sowie 192 Handwerksknechte für die Stadtverteidigung. Die Organisation der Stadtverteidigung durch die Bürger wurde durch eine eigene Verteidigungsordnung geregelt.

Bei der Belagerung durch Ungarns König Matthias Corvinus zeichneten sich die Bürger der Stadt durch Mut und Tapferkeit aus. Als Türken und Tartaren Wr. Neustadts Mauern belagerten, wurden die wehrfähigen Bürger besonders gefordert. Für diese Verlässlichkeit und Treue spendete 1704 der römisch-deutsche Kaiser Leopold I. den Bürgern ein rotseidenes Banner mit der goldenen Inschrift: „SEMPER FIDELIS NEOSTADIENSIS – PRO CÄSARE ET RELIGIONE“ = Den allzeit getreuen Bürgern der Neustadt – für Kaiser und Glauben.

1793 erhielt das Bürgerkorps durch den römisch-deutschen Kaiser Franz II. eine eigene Verfassung. Die bewaffneten Bürger formierten sich militärisch in Bataillonsstärke zu 4 Kompanien,

um beim Abzug des Militärs die nötigen Wachen zu stellen und für die innere Sicherheit zu sorgen.

Aus den Reihen des Korps wurde 1824 eine Grenadierkompanie gebildet und diese mit Bärenfellmützen ausgestattet. Der Kaiser gestattete auch das Tragen des goldenen Portepees, gleich dem Militär. Das war die eigentliche organisierte Entstehung des privilegierten



uniformierten Bürgerkorps in seiner heute bekannten Form.

Im Revolutionsjahr 1848 wurde das Bürgerkorps mit der Nationalgarde vereint und ihm alle Posten in der inneren Stadt zur Bewachung übergeben. 1915 wurde aus den Reihen des Bürgerkorps eine k.k. Wachkompanie für die Stadt aufgestellt. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde dem Korps jede Tätigkeit untersagt. Erst 1927 wurde den Mitgliedern des Vereines laut Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung das Tragen der Traditionsuniform der Grenadiere erlaubt. Vier Jahre später, anlässlich der Feierlichkeiten „700 Jahre Bürgerkorps“ erfolgte die Na-

mensänderung auf „Priv. unif. und bewaffnetes Bürgerkorps“.

1938 trat das Korps, um einer Auflösung zu entgehen, dem Kyffhäuserbund bei, der aber 1944 aufgelöst wurde. Nach Kriegsende bis 1955, erfolgte die Kameradschaftspflege in Form einer sonntäglichen Tischrunde. Die Wiedererrichtung des Bürgerkorps nach dem Vereinsgesetz, mit neuen Statuten, war 1956. Seit 1974 ist das Heim des Korps, genannt „Depot“, im Gebäude des ehemaligen Karmeliterklosters. Die 750 Jahrfeier erfolgte, mit gleichzeitiger Fahnenweihe, unter Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten Dr. Kirchschläger, 1981. 2008 feierte das Bürgerkorps sein 777-jähriges Bestehen unter großer Präsenz auf dem Hauptplatz und vor dem Denkmal von Kaiser Franz Joseph im Stadtpark. Dieses war dort 1908 vom Bürgerkorps errichtet worden.

Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von N.Ö., Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann von N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer.

Den Oberbefehl über das Bürgerkorps hat der jeweilige Bürgermeister im Range eines Obersten.

Derzeit verfügt das Korps über 25 in Uniform ausrückende Kameraden sowie 225 unterstützende Mitglieder. Beim Fronleichnamsumzug feuert das Bürgerkorps alljährlich auf dem Hauptplatz in Zugstärke eine Ehrensalve aus seinen Werndlgewehren, mit dem Baujahr 1870. Bei vielen Veranstaltungen der Stadt und des Bundesheeres ist das Bürgerkorps in Uniform vertreten. Ebenso bei Besuchen in der Partnerstadt Monheim, seit 1971.

Neue Beitritte werden sehr erfreut registriert! Besonders gilt dies für die ausrückenden Uniformierten mit den Bärenfellmützen. Auskünfte dazu gibt der Korpskommandant Major Wilhelm Gasch sehr gerne (02638/22 513 und 0676/73 65 253).

Peter Rosegger:

Der Patriotismus besteht nicht im Hass gegen andere Völker, sondern in der Liebe zum eigenen.

Peter Rosegger:

Ein Kind ist ein Buch, aus dem wir lesen und in das wir schreiben sollten.

Zum Thema
vermummte Demonstranten
Anonyme Schreiben behaupten etwas, dessen Unrichtigkeit der Verfasser durch Verweigerung seiner Unterschrift bestätigt.

Peter Rosegger

Militärgymnasium muss bleiben

Von OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Das Militärrealgymnasium an der Theresianischen Militärakademie in Wr. Neustadt ist die einzige Ausbildungsstätte dieser Art in ganz Österreich. Angesiedelt an der ältesten Militärakademie weltweit stellt sie auch ein historisches Unikat dar. Das MilRG als Oberstufenrealgymnasium mit Internat beruht auf einer Resortvereinbarung aus dem Jahr 1965 zwischen dem Unterrichts- und dem Verteidigungsministerium. Neben dem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt im Schulbereich garantiert das Internat eine besondere sportliche wie auch vormilitärische Ausbildung. Damit soll nicht zuletzt auch der Offiziersnachwuchs für das österreichische Bundesheer herangebildet werden. Von den zwischen 1966 und 2009 ausgemusterten Offizieren stammen 738 aus diesem Schulbataillon.



Das MilRG bildet somit österreichweit eine einzigartige Form eines Sportgymnasiums. Entsprechend einer Vorgabe des derzeitigen Kommandanten der Theresianischen Militärakademie, Brigadier Mag. Gerhard Herke, realisiert das MilRG als eine von ganz wenigen Schulen Österreichs auch die vielgewünschte tägliche Stunde Bewegung! Das MilRG ist ein BORG, das alljährlich viel mehr Aufnahmebewerber hat als es aufnehmen kann.

Die Lehrergehälter für das Mili-

tärgymnasium zahlt das Unterrichtsministerium. Die Internatschüler leisten einen monatlichen Beitrag von € 360,- für Unterkunft und Verpflegung. Die mit der Erziehung und militärisch-sportlichen Ausbildung der Schüler beauftragten wenigen Offiziere und Unteroffiziere sind pragmatisierte Beamte und können nicht entlassen werden. Dazu kommt, dass der Landesschulrat von N.Ö. die gesetzliche Lage so erklärt, dass Schüler, die an einer Schule aufgenommen werden, auch das Recht haben, die letzte Schulstufe im Klassenverband zu beenden. Danach kann das MilRG erst frühestens 2018 geschlossen werden! Erst ab 2019 würde das dem Klug'schen Sparpaket eine angebliche jährliche Einsparung von € 200.000,- (?) bringen. Dem gegenüber steht aber, dass die Liese-Prokop-Privatschule erst kürzlich eine Subvention von € 10,7 Millionen erhielt! „Gespendet“ wurde die hohe Summe vom Land N.Ö. und dem Sportminister Klug! Das MilRG ist dagegen eine finanzgünstige und einzigartige staatliche Schule. Seine Schließung wäre ein Skandal, gerichtet gegen unser Bildungssystem!

Für den Weiterbestand des MilRG wurden bisher über 35.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt und auf Facebook sind bisher fast 15.000 „likes“! Weitere Unterstützer wären sehr erfreulich!

„Die Reformatitis ist eine globale Entzündung“

Der Schweizer Pädagoge Roland Reichenbach über unkritisch bejahte „Lebensnähe“ der Schule und vier Punkte, an denen man gute Lehrer erkennt

STANDARD: „Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir“ ist ein geflügeltes Wort. In Senecas Original heißt es aber umgekehrt: „Wie an der unmäßigen Sucht nach allem anderen, so leiden wir an einer unmäßigen Sucht auch nach Gelehrsamkeit: Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.“ Sie haben rund 2.000 Jahre später ein Buch geschrieben, das just das fordert: „Für die Schule lernen wir – Plädoyer für eine gewöhnliche Institution“. Warum sollen wir denn für die Schule lernen?

Reichenbach: Die Sucht nach Gelehrsamkeit scheint mir kein akutes Problem zu sein. Vielmehr die Frage, wie diese Sucht gefördert werden könnte. Sowohl das Originalzitat als auch seine zweckgebundene Verkehrung gehen von einer gerade heute stark ausgeprägten Entgegensetzung von „Schule“ und „Leben“ aus – das allein scheint vor allem problematisch zu sein. Das sogenannte „Lebensnähe“ der Schule bleibt chem Leben wird gesprochen? ters, der Depression meiner Mutter, der Depression meiner Mutter, dem Humbug der Medici-Freunde, dem Humbug der Medici-Freunde? Für nicht wenige Kinder nahezu der einzig wirklich veroder könnte und sollte es sein. denfalls etwas. Und in der Regel wesentliche Bestandteile unserer Wissenskultur. Zweifellos ist richtig, dass man mit sicherlich 90 Prozent der Wissensgegenstände, die in der Schule gelernt werden, im sogenannten Leben – das offenbar nur außerhalb oder nach der Schule stattfindet – konkret rein nichts „anfangen“ kann. Bildung, so meinte Hans Blumenberg, ist kein Arsenal, sondern ein Horizont. Mit einem Horizont können Sie nichts anfangen. Es geht bei dieser Metapher um Einsicht in die Dinge und die Welt. Und es ist immer gut, wenn Menschen einen „weiten Horizont“ haben, die Dinge aus unterschiedlichen Perspektiven beurteilen können, nicht nur aus jener des unmittelbaren Nutzens.

Roland Reichenbach (52) ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Uni Zürich, davor in Basel und Münster. Seit 2012 ist er Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung.

STANDARD: Zentralfigur in der Schule ist der Lehrer, die Lehrerin. Sie werden in Wien „neokonfuzianische Bemerkungen zum Bild des Lehrers“ machen. Was lehrt uns Konfuzius denn in diesem Zusammenhang?

Reichenbach: Im Unterschied zu Europa scheint man in Ostasien nicht ein so negatives Verhältnis zu Traditionsbeständen zu haben, obwohl gerade diese Nationen, vor allem China, Korea und Japan, sehr innovativ sind und an kulturellen Fortschritt auf eine Art zu glauben scheinen, von der man in unseren Breitengraden leider weniger merkt. Der Lehrer und die Lehrerin – in allen Schulstufen – genießen gerade in Südkorea, das sehr konfuzianisch geprägt ist, eine hohe gesellschaftliche Anerkennung, gerade weil die Schule eine hohe gesellschaftliche Anerkennung erfährt und nicht als notwendiges Übel gegen das sogenannte Leben positioniert wird. Wenn man in Südkorea sagt: „Er redet wie ein Lehrer“, dann heißt das nicht, dass diese Person sich oberlehrerhaft benimmt, obwohl sie eigentlich nur eine universelle Dilettantin ist, sondern dass man von ihr etwas lernen kann. Wesentliche Strömungen des Konfuzianismus und Neokonfuzianismus können als Philosophie des Lernens und der Bildung gelesen werden. Nur ist mir bewusst, dass die tatsächliche Praxis und die Theorien des Lernens auch etwa in Korea zwei Paar Schuhe sind. Das sollte einen aber nicht davon abhalten, davon zu lernen. Ich glaube, dass wir im Neokonfuzianismus interessante Einsichten finden über die Bedeutung der „Bildsamkeit“, der Bereitschaft, sich auf etwas einzulassen, ohne zu fragen, was es „bringt“.

STANDARD: Sie haben dem Thema „Autorität“ ein Buch gewidmet. Warum ist die eher schlecht beleumdet in der Schule von heute, die aus Lehrern „Lernbegleiter“ und aus Schülern „Lernpartner“ machen möchte?

Reichenbach: Päd-Agogik meint die Führung von Kindern und Jugendlichen. Zur Führungsmetaphorik haben wir speziell im deutschsprachigen Bereich sicher ein ambivalentes, teilweise gestörtes Verhältnis. Das ist auch verständlich. Doch geführt werden muss sowieso, das weiß jeder, der je einmal vor einer Klasse gestanden ist. Die genannten Alternativmetaphern kaschieren den Führungsaspekt, im Grunde wird die unumgängliche Verantwortung des Pädagogen kaschiert. „Führung“ wie „Begleitung“ sind Wegmetaphern, bei der ersten ist klar, wer das Ziel des Weges kennt, bei der zweiten offenbar nicht mehr. Wenn das Kind dann am falschen Ort ankommt, ist der Lehrer auch nicht wirklich verantwortlich, denn er hat ja bloß Lernprozesse „begleitet“. Auch wenn jemand, der sich als „Lernbegleiter“ versteht, trotzdem sehr guten Unterricht gestalten kann. Das ist klar.

STANDARD: Was meint denn „Autorität“ in der Schule überhaupt?

Reichenbach: Der Begriff ist diffamiert. Will man sachlich über Autorität sprechen, so ist es sinnvoll, zwischen Autorität als Anerkennungsverhältnis, autoritärem Verhalten und der sogenannten autoritären Persönlichkeit zu unterscheiden. Pädagogisch zu bejahen ist sicher nur das erste Verständnis. Sich von jemanden etwas sagen zu lassen, erklären und zeigen zu lassen, heißt, diese Person hinsichtlich dieser Sache als Autorität anzuerkennen. Das geschieht immer wieder auch unfreiwillig, das ist klar. Autoritäres Verhalten ist hingegen meist ein Zeichen dafür, dass diese Anerkennung verweigert worden ist. Eine Lehrperson mag autoritäres Verhalten zeigen, genau weil sie diese Anerkennung nicht erfährt, sei es vermeintlich oder tatsächlich. Das ist problematisch. Nicht nur für die Schüler. Daher ist es sträflich, Fragen der Führung und Autorität in der Lehrerbildung zu vernachlässigen. Die „autoritäre Persönlichkeit“ zeichnet sich durch rigiden Konventionalismus und die Neigung, „Schwächere“ zu unterdrücken und sich „Stärkeren“ zu unterwerfen, aus. Pädagogische Autorität hat das Ziel, sich aufzulösen: Es gehört zur Bildung des Menschen, sich von Autoritäten auch zu befreien. Diese Emanzipation ist konstitutiv für die Fähigkeit, ein eigenes Leben zu führen.

STANDARD: Was lässt sich wissenschaftlich über die „Lehrerpersönlichkeit“ sagen? Oder kann es jeder lernen?

Reichenbach: Es sollte sicher nicht jeder und jede Lehrer oder Lehrerin werden können! Das Problem ist aber, dass die Attraktivität des Berufes leider nicht allzu hoch ist – was sicher auch mit der gesellschaftlichen Anerkennung zu tun hat. Wir wissen, dass die Person des Lehrers oder der Lehrerin zentral ist, etwa für den Lernerfolg der Schüler, aber das hat wenig oder nichts mit den „Persönlichkeitszügen“ zu tun. Es gibt sehr introvertierte und sehr extrovertierte Lehrpersonen, beide können hervorragende oder auch weniger gute Arbeit leisten. Entscheidend ist eher, dass sie sich als „Person“ einbringen, als Lehrerin oder Lehrer. Ich glaube, eine Lehrperson „taugt“ dann pädagogisch, wenn sie vier Dinge immer wieder zu zeigen und leisten vermag: dass sie das, was sie lehrt, für wichtig hält; dass sie will, dass die Schüler diesen Gegenstand lernen; dass sie auch zeigt, dass die Schüler das lernen können; und dass sie zeigt, dass sie ihnen dabei hilft und tatsächlich hilft. Mehr kann sie nicht tun. Wenn der Schüler merkt: Die findet wichtig, was sie sagt, sie will, dass ich es lerne, und sie glaubt auch, dass ich es lernen kann und will mir dabei helfen, dann ist dieser Schüler zu beneiden. Wenn er sich dann immer noch nicht auf die Sache einlässt, dann ist das früher oder später tatsächlich allein sein Problem. Nur, die Lehrerin darf ihn trotzdem nicht aufgeben. Darin besteht das Ethos der Lehrperson.

STANDARD: Wo sehen Sie denn Reformbedarf in der Schule?

Reichenbach: Zunächst müssen sich auch Reformen kritisieren lassen. Die Kritik der Kritik ist heute not-

wendiger als je zuvor. Dann glaube ich aber, dass es große Probleme gibt. Eines davon ist die zunehmende „Verhochschulung“ der Bildungs- und Ausbildungswege. So viele junge, intelligente und motivierte Menschen sitzen über Jahre in den Schulbänken und sehen den Sinn ihres Sitzens eigentlich wenig ein. Die Intelligenz liegt brach, ungenutzt. Die Jungen werden nicht gebraucht. Niemand, der ihnen sagt: „Komm, wir brauchen dich, für das Geschäft, den Hof, den Sozialismus, die Demokratie, die Kirche, die Gerechtigkeit – wir haben Aufgaben für dich.“ Alle sollen möglichst lange in ihre höchstpersönliche Zukunft „investieren“, von der zugleich gesagt wird, man wüsste nicht, wie sie aussehen wird. Solche Sinnfreiheit ist eine echte Herausforderung. Die Schule ist nicht der Grund für dieses Problem, und sie kann auch nicht jedes gesellschaftliche Problem lösen. Bildungsreformen sind meist ein Ausdruck davon, dass widersprüchliche Konstellationen der Gesamtgesellschaft „behandelt“ werden (müssen). Doch Problembehandlung heißt nicht Problemlösung. Daher rufen Reformen, wie es Niklas Luhmann formuliert hat, vor allem ein Bedürfnis ins Leben: den Ruf nach weiteren Reformen. Die Reformitis ist eine globale Entzündung, die man nicht mit einfachen Therapien wegbringt. Die Probleme wandeln sich, aber die Problemlagen werden bleiben, das ist sicher.

Quelle: „Der Standard“ vom 13. Jänner 2014, Interview Lisa Nimmervoll

Genderwahn macht Schulbücher unlesbar

Bundeselternverband kritisiert das Zerhacken von Texten, Sinnerfassung kaum noch möglich, Stopp gefordert

Der Genderwahnsinn macht auch vor den Schulbüchern unserer Kinder nicht halt. Elternvertreter aus ganz Österreich appellieren nun an Ministerien und Lehrer, an die Schüler zu denken, denn die Texte werden durch das übertriebene Gendern unlesbar, sinnerfassendes Lesen ist damit fast unmöglich.

„Wir sehen uns mit einem immer weiter steigenden Anteil von Schülern mit nicht deutscher Muttersprache konfrontiert. Alle Testungen haben ergeben, dass es schon jetzt Probleme beim sinnerfassenden Lesen gibt“, kritisiert der bundesweite Elternvertreter Theodor Saverschel, „da sind gegenderte Lehrbücher vollkommen kontraproduktiv“. Sein erster Stellvertreter und Oberösterreichs Elternsprecher, Wolfgang Pfeil, hält es ebenfalls „für das oberste Gebot der Stunde, dass in Schulbüchern verständliche Sätze stehen. Die Lesbarkeit muss im Vordergrund sein“. Es würde ja auch niemandem einfallen, Goethe umzuschreiben, weil der große Dichter nicht gendert hat.*)

Übrigens: Eltern von Kindern in allgemein- und berufsbildenden höheren Schulen können über den Schulgemeinschaftsausschuss bei der Buchauswahl mitbestimmen. „Bestehen Sie auf diesem Recht“, weist die zweite Vizepräsidentin des Bundeselternverbandes, Susanne Schmid, alle Mütter und Väter auf diese gesetzliche Möglichkeit hin.

Quelle: „Kronen-Zeitung vom 14. Jänner 2015

***) Red. Anmerkung: Da bin ich mir nicht so sicher. Wem Kulturbewusstsein ein Fremdwort ist, wer die deutsche Sprache aus Unverstand verhunzt, wer die Bundeshymne reimhinkend umdichtet, der schreckt wohl auch vor Goethe nicht zurück.**

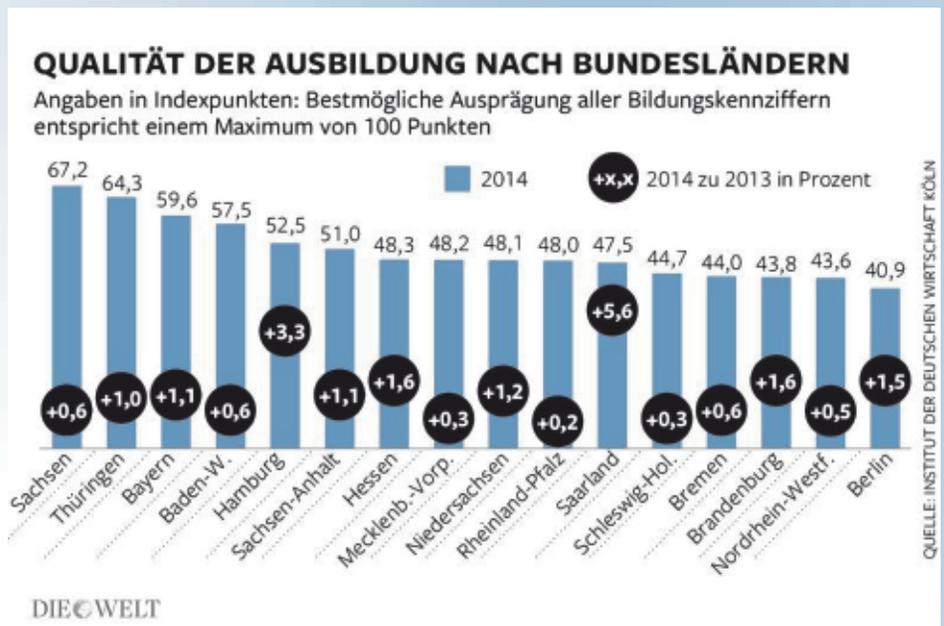
Sachsen hui, Berlin pfui

Aus Sicht der deutschen Wirtschaft haben Sachsen und Thüringen das mit Abstand leistungsfähigste Bildungssystem. Sie sollten Vorbild sein für andere Bundesländer – auch was die Dauer der Gymnasialzeit von lediglich acht Jahren betrifft. Das sind zentrale Ergebnisse des Bildungsmonitors 2014, den das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt hat. In der Spitzengruppe haben sich unter anderem durch starke berufliche Bildung zudem Bayern und Baden-Württemberg festgesetzt. Das Saarland und Hamburg allerdings machten in den vergangenen zwölf Monaten die größten Sprünge.

Schüler als „Versuchskaninchen der Politik“

Im Kampf um die knappen Fachkräfte habe Deutschland viele richtige Weichen gestellt, sollte aber unbedingt am Abitur nach bereits acht Jahren festhalten, fordern die Ökonomen in ihrer Studie. Eine Reihe von Untersuchungen habe gezeigt, dass weder die Freizeitaktivitäten noch die Lebenszufriedenheit von Jugendlichen unter der verkürzten Schulzeit leide. Auch die Leistungen unterschieden sich zwischen sogenannten G8- und G9-Schülern kaum. Die Aufregung um G8 sei also empirisch nicht belegbar.

„Deutsche Schüler und Schülerinnen bleiben aber die Versuchskaninchen der Politik – und die Bildungslandschaft ein Flickenteppich“, klagte INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. Die INSM wird vor allem von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Dabei zeige der Blick in die Bundesländer und ins Ausland: „Das Abitur nach zwölf Schuljahren zu erreichen, stellt kein Problem für Schülerinnen und Schüler dar und sollte daher nicht zur Diskussion gestellt werden.“ In den vergangenen Jahren hatten fast alle Bundesländer das achtjährige



Gymnasium eingeführt. Nach Protesten von Eltern und Schülern kehrt nun allerdings eine Reihe von Ländern ganz oder teilweise zu G9 zurück. So gehen die Schüler in Niedersachsen ab 2015 im Regelfall wieder in neun Jahren zum Abitur. Nordrhein-Westfalen und Hessen starten sogenannte Schulversuche, bei denen einige Schulen das G9 wieder aufgenommen haben.

Sachsen und Thüringen verdienen besonderes Lob

Langjährige Ruhe und Konstanz herrscht dagegen in den beiden Musterländern Sachsen und Thüringen. Die hatten das neunjährige

Gymnasium nach der Wende gar nicht erst eingeführt und bleiben weiterhin bei der achtjährigen Gymnasialzeit.

In Sachsen loben die Autoren der Studie vor allem die „exzellente Förderinfrastruktur“, also die hohe Qualität der Betreuung in Kindergärten und das große Angebot an Ganztagskitas und -schulen. Auch hätten die Schulen eine gute Qualität, was sich unter anderem im hohen Abschneiden bei den internationalen Pisa-Vergleichstests zeige. All das vermeide „sehr erfolgreich die Entstehung von Bildungsarmut“.

In Thüringen wiederum hätten die

öffentlichen Ausgaben für Bildung die höchste Priorität unter allen Bundesländern. Außerdem hat das Land die besten Betreuungsbedingungen und legt ein hohes Gewicht auf die Integration von Kindern aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund.

Berlin erneut Schlusslicht

Schlusslicht unter den 16 Bundesländern ist noch hinter Brandenburg und Nordrhein-Westfalen der Stadtstaat Berlin. Dort hänge trotz einiger Fortschritte der Bildungserfolg noch immer stärker als anderswo von der sozialen Herkunft ab, heißt es im Bildungsmonitor 2014. Die Schulabschreiberquote liegt mit 8,8 Prozent deutlich über dem Bundesschnitt von 5,8 Prozent. Jeder dritte Neuntklässler verfehlt die Mindeststandards in Mathematik.

Das Saarland und Hamburg dagegen konnten sich binnen eines Jahres um einige Plätze vorarbeiten. So konnte das Saarland die Drittmittel pro Hochschulprofessor deutlich erhöhen und das Angebot dualer Studiengänge enorm steigern. Zudem kletterte die Zahl

Angebot von Fachkräften hat sich verbessert

der Studierenden in den auf dem Arbeitsmarkt begehrten Fächern Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften und Technik (MINT) von 42.000 auf 53.000. In Hamburg nahm der Anteil der Grundschüler mit Ganztagsunterricht binnen eines Jahres stark zu – von 32 auf 42 Prozent. Zudem stärkte die Hansestadt den Fremdsprachenunterricht an Berufsschulen.

Der Bildungsmonitor nimmt die ökonomische Perspektive von Bildung ein. Ziel eines Bildungssystems ist es danach vor allem, für den Nachwuchs von qualifizierten Fachkräften zu sorgen und so die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu verbessern.

Deutschlandweit hat sich das Angebot an Fachkräften der Studie zufolge in den vergangenen Jahren verbessert. So habe sich die Zahl der Erstabsolventen von Hochschulen in den MINT-Fächern (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) zwischen den Jahren 2000 und 2012 auf 108.500 fast verdoppelt. Auch bei den sonstigen Hoch-

schulabsolventen gab es Fortschritte.

Allein der Anstieg der Absolventenzahlen habe zwischen 2000 und 2012 einen unmittelbaren Zuwachs der Wertschöpfung in Deutschland um 17,5 Milliarden Euro gebracht, sagte der Studienleiter beim IW Köln, Axel Plünnecke. Um trotz des demografischen Wandels weiterhin qualifizierten Nachwuchs für Deutschlands Wirtschaft zu sichern, sei die Zuwanderung von Fachkräften über die Hochschulen eine „Erfolg versprechende Strategie“, so Plünnecke weiter. Außerdem sollten Akademiker mit ausländischem Abschluss bessere Anrechnungsmöglichkeiten für ein Studium in Deutschland bekommen.

Quelle: „Die Welt“ online, August 2014. Der Bericht belegt, auch wenn er vor allem die Berufsvorbildung betrifft, die Fortschritte, die Deutschland (ohne Strukturreformen) seit zehn Jahren laufend macht, zehn Jahre, in denen Österreich nur eine sinnlose Gesamtschuldebatte, aber kaum Verbesserungen erlebt hat.

Stopp dem Gender-Wahn!

Die Auswüchse des Gender-Wahns werden mittlerweile auch in unseren Schulen immer stärker sichtbar. Ist die geschlechtergerechte Sprache in offiziellen Papieren, Urkunden und Ausschreibungen mittlerweile Standard, findet man diese unsägliche Form der deutschen Sprache nun auch in Schulbüchern. Damit versuchen SPÖ und Grüne schon unsere kleinsten Mitbürger für ihre Ideologie zu gewinnen.

Ein besonders plakatives Beispiel ist die folgende Passage aus einem Deutsch-Lehrbuch: „Arbeitet nun zu zweit. Lest den rechts stehenden Text (S.7) folgendermaßen: Eine/r ist Zuhörer/in, der /die andere ist Vorleser/in. Eine/r liest den Abschnitt vor, der/die Zuhörer/in fasst das Gehörte zusammen.“

Die Stadt Wels schafft das Binnen-I ab

Die Stadt Wels verbannt das umstrittene Binnen-I aus dem dienstlichen Sprachgebrauch. Der Gemeinderat hat Ende November 2014 nach heftigen Diskussionen einem Antrag der FPÖ zur Abschaffung zugestimmt. Zukünftig soll im Magistrat aufgrund der leichteren Lesbarkeit und Verständlichkeit auf das Binnen-I verzichtet werden. Dem österreichweit einzigartigen Beschluss ging eine Meldung des österreichischen Normungsinstituts Austrian Standards voraus, das eine Verankerung des Binnen-I als verbindliche Norm für Texte ablehnte. „Es ist durch keine Rechtschreibregelung gerechtfertigt und daher zu vermeiden“, so das Normungsinstitut.



wird, ist offen. „Ich kann niemandem vorschreiben, das Binnen-I zu verwenden oder nicht“, ließ Bürgermeister Peter Koits (SPÖ) via Medien ausrichten. Er selbst wolle ohnehin weiterhingendern. Diese Aussagen kann FPÖ-Vizebürgermeister Andreas Rabl, der Initiator des Abschaffungsantrags, nicht nachvollziehen. „Der Bürgermeister hat sehr wohl die Möglichkeit, als zuständiger Referent die Umsetzung des Beschlusses zu gewährleisten“, stellt Rabl klar. Dafür müsse er nur den Leitfaden der Stadt für geschlechtergerechtes Formulieren, in dem das Binnen-I auf mehr als einer Seite behandelt werde, ändern.

Ob der Beschluss allerdings auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt

Mehr Vorbereitungsstunden für die Zentralmatura!

NAbg. Walter Rosenkranz: FPÖ unterstützt Forderung nach mehr Vorbereitungsstunden für Zentralmatura. Die Maturanten dürfen keine Versuchskaninchen sein.

Der FPÖ-Bildungssprecher und Obmann des parlamentarischen Unterrichtsausschusses, NAbg. Dr. Walter Rosenkranz, schließt sich der Forderung nach mehr Vorbereitungsstunden für die Zentralmatura an: „Mich haben in den letzten Wochen viele Briefe und E-Mails von Schüler-, Lehrer- und Elternvertretern erreicht, die sich über die Reduzierung der Vorbereitungsstunden verständlicherweise sehr besorgt zeigten. Die unerfreulichen Ergebnisse der Probe-Schularbeiten sprechen zusätzlich eine deutliche Sprache: Wenn die Zentralmatura kein Rohrkrepiere werden soll, dann muss Ministerin Heinisch-Hosek die Vorbereitungsstunden auf jeden Fall im ursprünglich vorgesehenen Ausmaß beibehalten.“

Die FPÖ betrachte die Zentralmatura ohnehin seit Beginn sehr skeptisch: „Die Bundesreifepfungscommission ist hier gefordert, rasch zu handeln, damit für den nächsten Maturatermin die Weichen richtig gestellt werden. Die Kinder der unmittelbar betroffenen Jahrgänge dürfen keine Versuchskaninchen sein“, so Rosenkranz.

Der/die Vorleser/in muss angeben, ob die Zusammenfassung richtig war.“ Wie sollen unsere Kinder bei solchen Texten das flüssige Lesen und richtige Auffassen von Artikeln lernen?

Mittlerweile können Schüler, die nicht gendern, schlechter benotet werden als ihre Klassenkameraden. Auch an den Universitäten ist das heute üblich. Für die Freiheitlichen steht ganz klar der Inhalt einer Arbeit im Vordergrund und nicht die Verwendung ideologischer Marschvorgaben. Die FPÖ lehnt, unbeschadet ihres Bekenntnisses zur Gleichberechtigung der Geschlechter, diesen Unsinn ab.

Quelle: FPÖ-OÖ-Pressedienst vom 15. Jänner 2015

Heinisch-Hosek hätte sich Sitzenbleiben verdient. Wegen vieler ungelöster Hausaufgaben Aussteigen statt Aufsteigen gefragt.

Die Ankündigung von Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek, dass sie nicht an Rücktritt denke, ist für FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz "Zweckoptimismus": "Aus Sicht der FPÖ hat sich die Frau Minister für ihre Arbeit ein glattes 'Nicht genügend' ehrlich verdient", so Rosenkranz. Der Misstrauensantrag der Grünen gegen Heinisch-Hosek werde jedenfalls auch von der FPÖ unterstützt.

"Außer der Zentralmatura gibt es ja auch noch viele andere nicht gelöste Hausaufgaben: Keine BIFIE-Reform bis Jahresende 2014, Schulmieten, die nicht bezahlt werden können, eine NMS, die nur teuer ist, aber keine Verbesserung gebracht hat, überbordende Schulversuche, die voraussichtliche Schließung von Kleinschulen am Land, eine ausständige Schulverwaltungsreform, das finanzielle Aushungern der AHS oder unlesbare - weil gegenderte - Schulbücher - man hat fast den Eindruck, immer, wenn man im BMBF wo nicht weiterkommt, beginnt man wieder ein neues Projekt um auch damit glorios zu scheitern", so Rosenkranz.

Heinisch-Hosek stehe für die seit Jahren zerstörerische SPÖ-Bildungspolitik. "Ihre Ankündigung im Bildungsressort zu bleiben, betrachte ich daher als Drohung gegen alle Schüler, Lehrer und Eltern. Sie würde gerne aufsteigen, aber aufgrund ihrer Leistung schaut nur ein Sitzenbleiben heraus. Die FPÖ empfiehlt Heinisch-Hosek einen Ausstieg, denn ein Aufstieg ist nicht gerechtfertigt", so Rosenkranz.

Freiheitlicher Lehrerverband
Blütenstraße 21/1
4040 Linz

**Freie
Lehrer**

Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

E-Mail:

Tel.Nr.: geb. am:

Ich trete dem FLV Landesverein bei.

Datum: Unterschrift:

Freiheitlicher Lehrerverein



Immer aktuell informiert!
www.flv.at